

Laibacher Zeitung.

Nr. 43.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 22. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. Februar d. J. die Honorar-Legationsräthe Ferdinand Ritter v. Markwort und Karl Grafen Zaluski zu Legationsräthen zweiter Kategorie und den Consul Dr. Ladislaus Hengelmüller v. Hengervár zum Legationssecretär zu ernennen, dann dem Honorar-Legationssecretär Gáza v. Bernáth die Stelle eines befohlenen Attachés allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Rittmeister a. D. Ludwig Marian Boleslaus Dunin zu Smogorzew, Ritter v. Wasowicz, und dem Hauptmann im n. ö. Landwehrbataillon St. Pölten Nr. 3 Victor Freiherrn v. Tinti die k. k. Rämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Der Gesetzentwurf,

betreffend die zeitweise Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte, lautet:

„Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich zur Ergänzung des Artikels 11 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, R. G. Bl. 144, über die richterliche Gewalt anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die Wirksamkeit der Schwurgerichte kann hinsichtlich aller ihnen zugewiesenen strafbaren Handlungen oder einzelner Arten derselben zeitweilig für ein bestimmtes Gebiet eingestellt werden, wenn daselbst Verhältnisse obwalten, welche dies zur Sicherung einer unparteiischen und unabhängigen Rechtspflege als notwendig erscheinen lassen. Die Einstellung erfolgt durch eine kaiserliche Verordnung unter Gegenzeichnung des Gesamtministeriums. Sie muß binnen Einem Jahre wieder aufhören, sofern nicht ein Gesetz die Regierung ermächtigt, sie noch durch längere Zeit fortbestehen zu lassen.

§ 2. Sowohl die Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte, als das Aufhören derselben ist durch das Reichsgesetzblatt kund zu machen.

§ 3. Die im § 1 erwähnte Verfügung hat die Wirkung, daß die Hauptverhandlung wegen der den Gegenstand derselben bildenden strafbaren Handlungen und die Rechtsmittel gegen die wegen derselben gefällten Urtheile sich nach jenen Vorschriften richten, welche bezüglich der nicht vor die Geschwornengerichte gehörigen Ver-

brechen gelten. Handelt es sich um ein mit der Todesstrafe oder mehr als fünfjähriger Kerkerstrafe bedrohtes Verbrechen, so findet die Hauptverhandlung vor sechs Richtern, von denen einer den Vorsitz führt; statt; bei Stimmengleichheit gibt die dem Angeklagten günstigere Ansicht den Ausschlag.

§ 4. Auf Strafsachen, bezüglich welcher am Tage der Kundmachung der im § 1 erwähnten kaiserlichen Verordnung die Hauptverhandlung vor dem Geschwornengerichte bereits stattgefunden oder doch begonnen hat, findet die Bestimmung des § 3 nur insofern Anwendung, als eine Wiederholung der Hauptverhandlung einzutreten hat. Strafproceß, in welchen am Tage, wo die Einstellung der Geschwornengerichte aufhört, die Hauptverhandlung erster Instanz bereits stattgefunden oder doch begonnen hat, sind auf die im § 3 bezeichnete Art zu Ende zu führen.

§ 5. Das gegenwärtige Gesetz tritt am Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

In verfassungsfreundlichen Kreisen wird diese von der Regierung eingebrachte Vorlage mit unbedingter Zustimmung aufgenommen. Die von oppositioneller Seite gegen den Entwurf gerichteten Angriffe und erhobenen Bedenken erscheinen durchaus ungerechtfertigt, denn selbst in Böhmen, wo das fragliche Gesetz zuerst eine praktische Bedeutung erlangen dürfte, sind die Organe der Verfassungspartei nicht unbefriedigt oder aufgeregter über daselbe. Zu bedauern ist es, daß das Erscheinen eines Einstellungsgesetzes notwendig geworden ist; aber Trost mag es gewähren, daß man, wie ein Wiener Blatt ganz gut bemerkt, derzeit im freiesten Staate der Welt, wo das Schwurgericht sich am urwüchsigsten entwickelt und zur volksthümlichsten Institution geworden ist, eben jetzt daran geht, ein ähnliches, das Princip durchbrechendes Gesetz für gewisse Ausnahmisse zu ändern zu schaffen. In Nordamerika, wo die Jury heiliger gehalten wird als irgendwo, wo selbst in der Wildniß, wohin die Hand des Staates nicht reicht, oder so lange sie nicht hinreicht, die Ansiedler sich aus freien Stücken vereinigen, in einer freigewählten Jury sich eine Basis der Rechtssicherheit zu schaffen, kann man nicht umhin, an eine Unterbrechung in der Wirksamkeit dieses so populären Institutes zu denken, weil die Corruptio an gewissen Orten die Absicht des Gesetzes in gerade Gegentheil verkehrt und an die Stelle des Wissens und Gewissens das Ausmaß der Bestechung treten läßt.

6. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 19. Februar.

Präsident Se. Durchlaucht Fürst Karl Auerperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Landesgerichtspräsident Ritter v. Scharschmidt nimmt die Wahl als Mitglied in den Staatsgerichtshof an.

Se. Durchlaucht der Herr Präsident Fürst Karl Auerperg theilt mit, daß die Staatsvertragscommission zum Obmann Se. Excellenz Grafen Rechberg, zum Obmann-Stellvertreter den Grafen Trauttmansdorff gewählt habe.

Se. Excellenz Graf Chorinsky überreicht eine Reihe von Petitionen, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Pöchlarn über Schöding nach Aussee mit dem Anschluß an die Rudolfsbahn.

Diese Petitionen werden der politischen Commission zugewiesen.

Hierauf berichtet Graf Hohos für die Finanzcommission über eine Petition der k. l. Beamten und Amtsdiener in Prag um Bewilligung von Quartiergeldern und empfiehlt dieselbe der hohen Regierung zur Würdigung.

Nächster und letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Nachwahl von zwei Mitgliedern in die Unterrechtscommission.

Hofrath Dr. Neumann und Hofrath Rokitschky wurden gewählt.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Parlamentarisches.

Wien, 19. Februar.

Dem Berichte des Verfassungs-Ausschusses über den Gesetzentwurf betreffend eine Zusatzbestimmung zum § 18 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. December 1867 entnehmen wir Folgendes: Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf hat den Zweck, Vorkehrungen zu treffen, damit nicht durch Mandatsniederlegungen oder durch Ausbleiben der von einem Landtage gewählten Abgeordneten aus dem Reichsrathe die Vollständigkeit gefährdet und das Recht der Bevölkerung in den einzelnen Wahlbezirken auf Vertretung im Reichsrathe verkürzt werden könne. Die Gesetzentwurf hat nur die Bestimmung, jene Lücke auszufüllen, welche die Erfahrungen der letzten Jahre wahrnehmbar gemacht haben.

Dem Kaiser ist nach § 7 des eingangserwähnten Staatsgrundgesetzes vorbehalten, die Wahlen in den Reichsrath unmittelbar durch die Gebiete, Städte und Körperschaften anzuordnen, wenn ausnahmsweise Verhältnisse eintreten, welche die Bescheidung des Hauses der Abgeordneten durch einen Landtag nicht zum Vollzuge kommen lassen; in den Fällen daher, wenn ein Landtag die Abgeordneten in den Reichsrath gar nicht, nicht aus allen Gruppen oder nicht gültig wählt, so wie wenn der gewählte Abgeordnete das Mandat nicht annimmt oder daselbe vor dem Eintritte in den Reichsrath zurücklegt und endlich, wenn er im Reichsrathe

Seuiffeton.

Die illyrischen Central-Eisenbahnen.

(Fortsetzung.)

Ad 2. Die Linie von Cilli über Bischoflack und St. Lucia zur Reichsgrenze in der Richtung nach Udine.

Diese ist die zweite Hauptlinie des vorliegenden Projectes der illyrischen Central-Eisenbahnen, deren Richtung von Ost nach West, wie bereits erwähnt wurde, die Bestimmung hat, die kürzeste Eisenbahn-Communication aus Ungarn via Pragerhof nach Italien und dessen westliche Hinterländer herzustellen.

Sie ist zu diesem Zwecke von Cilli im Sanntthale nach Sachsenfeld, dann über Röttning und Stein nach Mannsburg geführt, wo sie mit der von Klagenfurt und Brück nach Laibach-Karlstadt und Ogulin laufenden, früher beschriebenen Nord-Süd-Linie des projectirten Netzes zusammentrifft und an derselben in einem eigenen Geleise bis St. Georgen fortgeht. In fortgesetzter westlicher Richtung wird sodann die Trasse nach Tratta geführt, wo sie sich mit der Laibach-Tarviser Linie der Kronprinz Rudolfsbahn in deren gleichnamiger Station verbindet und nach Verlassen derselben von Bischoflack im Thale des Zayerflusses über Sahrach die Wasserscheide nach Ober-Jozia passiert, um dann längs des Joziaflusses bis St. Lucia, von hier aber am Jsonioflusse bis Caporetto und schließlich nach Ubersetzung

einer localen Wasserscheide an den nach Cividale laufenden Nationalen zur österreichisch-italienischen Reichsgrenze zu gelangen.

Die Länge dieser Linie von Cilli über Bischoflack und St. Lucia bis zu der genannten Reichsgrenze beträgt 26.00 Meilen und wird mit der im Gebiete des Königreiches Italien gelegenen 3.00 Meilen langen Ergänzungstrecke bis Udine, deren Ausführung von der dortigen Regierung bereits zugestanden ist, 30.00 Meilen haben.

Es ist daher die projectirte Bahn gegen die von Cilli über Laibach und Görz nach Udine gegenwärtig bestehende 38.00 Meilen lange Südbahnlinie um 7.00 d. i. um nahezu 8 Meilen kürzer.

Dabei hat die Südbahn die Wasserscheide der Julischen Alpen am Karstgebirge in der Seehöhe von 603 Meter zu überschreiten, während die Linie des vorliegenden Projectes die Karstfette bei Jozia in einer Seehöhe von nur 565 Meter zu überschreiten hat, so daß also mit dem hier in Rede stehenden Projecte nebst einer Wegabkürzung von nahezu 8 Meilen die Lastenbeförderung über eine um 6 pCt. geringere Höhe zu bewerkstelligen wäre, durch welche zwei Factoren die Verfrachtungskosten auf der neuen Bahn um 26 pCt. billiger gestellt werden können, als auf der concurrenden Südbahn.

Dieser, die Handelsinteressen auf einer so wichtigen Verkehrsroute, wie es die aus Ungarn nach Italien ist, sehr begünstigende Umstand, welcher übrigens auch dem Verkehre von Wien nach Italien zu Gute kommt, kann schon allein als ein genügender Beweis für die staats-

ökonomische Nützlichkeit der projectirten Bahn angesehen werden.

Andererseits geht ihre Nothwendigkeit aus den bekannten Calamitäten hervor, welche der österreichische Handel nach dem Westen zu erleiden hat, indem die dahin gerichteten bestehenden Schienenwege immer häufiger den Anforderungen des Handelsverkehrs nicht genügen können, wobei insbesondere der aus Ungarn nach dem Westen gerichtete Verkehr, welcher bis zu der kürzlich erfolgten Eröffnung der Pusterthaler Bahn von Villach nach Franzensfeste auf die Kaiserin Elisabeth-Westbahn und Südbahn angewiesen war, thatsächlich viel zu leiden hat.

Aber auch alle diese drei nunmehr nach dem Westen laufenden Schienenwege werden den derzeitigen Anforderungen des namentlich in Ungarn immer steigenden Handelsverkehrs nicht genügen, weil sich dieselben in einem Verkehrsgebiete von mehr als 30 Meilen Breite bewegen, welches übrigens zum größtentheile den mächtigeren Aufschwung der Handelskultur erst zu erwarten hat.

Wird nun noch berücksichtigt, daß die projectirte Bahn auch ein bedeutendes eigenes Verkehrsgebiet für sich eröffnet, indem sie sowohl in ihrem ersten Theile von Cilli nach Bischoflack eine cultivirte und industrielle Gegend, als auch in der zweiten Strecke von da nach St. Lucia und Caporetto ein productenreiches Land, darunter den altberühmten ärarischen Vergort Jozia berührt, daß ferner diese Bahn außer der Richtung nach Udine, von St. Lucia über Görz nach Triest

nicht erscheint oder das Gelöbniß in gesetzlicher Weise nicht ablegt.

Es erübrigt in der gegenwärtigen Gesetzesnovelle nur jene Fälle zu normiren, in welchen während der Dauer einer Reichsraths-session die Nichtvertretung eines Wahlbezirktes durch den gewählten Abgeordneten eintritt.

Der Ausschuß stellt demnach den Antrag: „Das hohe Haus wolle dem beiliegenden Gesetzentwurfe die Genehmigung erteilen.“

Der Gesetzentwurf, welcher als Zusatzbestimmung zum § 18 St. G. G. über die Reichsvertretung zu gelten hat, lautet:

„Tritt der Fall des Erlöschens eines Reichsrathsmandates aus was immer für einem gesetzlichen Grunde während der Dauer einer Reichsraths-session ein, so kann der Kaiser die Vornahme der neuen Wahl unmittelbar durch die landtagswahlberechtigten Gebiete, Städte und Körperschaften (§ 7) nach Maßgabe des über die Durchführung unmittelbarer Wahlen in das Abgeordnetenhaus bestehenden Gesetzes anordnen.“

Der von dem Abgeordnetenhaus des Reichsrathes gewählte Unterrichtsausschuß beendet in seiner 6. Sitzung die Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung und Ergänzung des § 36 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 (Bezüge der Directoren und Hauptlehrer an staatlichen Lehrerbildungsanstalten). Die §§ 6 und 7 werden über Antrag des Referenten Dr. Schaup nahezu unverändert angenommen, nach § 7 wird indessen als neuer § 8, und zwar ebenfalls in Folge eines Antrages des Referenten der nachstehende Paragraph eingeschaltet: „In welchem Umfange den an Lehrerbildungsanstalten übertretenden Directoren und Lehrern öffentlicher Volksschulen die an diesen zugebrachte Dienstzeit zum Zwecke der in § 2 erwähnten Gehaltserhöhung anzurechnen sei, hat der Unterrichtsminister von Fall zu Fall bei der Ernennung zu bestimmen.“ (Angenommen.)

Die §§ 8 bis 10 werden unverändert, § 11 mit einer stilistischen Einschaltung angenommen. Zu § 12 (jetzt 13), welcher die Bestimmung, daß das Gesetz mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit zu treten hat, so wie die Vollzugsklausel enthält, beantragt Referent Dr. Schaup den Zusatz: „welcher auch die im § 8 erwähnte Bestimmung hinsichtlich der schon jetzt angestellten Directoren und Lehrer öffentlicher Volksschulen und der vorbestandenen Lehrerbildungsanstalten zu treffen hat.“ (Wurde gleichfalls angenommen.)

Bezüglich des Titels der Vorlage wird derselbe endgültig in folgender Fassung hergestellt:

„Gesetz, durch welches die Bestimmungen des § 36 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 betreffend die Bezüge des Lehrpersonales an den staatlichen Lehrerbildungsanstalten abgeändert und ergänzt wird.“

In der Eingangsformel werden endlich über Antrag des Abg. v. Czedit die Worte „in theilweiser Abänderung und zur Ergänzung des § 36 des Gesetzes vom 14. Mai 1869“ gestrichen.

In der siebenten Sitzung begann der Unterrichtsausschuß die Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Reorganisation des polytechnischen Institutes in Wien.

Als Referent fungirt Abg. v. Czedit, welcher zunächst den Antrag stellt, es sei der Titel dieses Gesetzentwurfes dahin abzuändern, daß er zu lauten habe: „Gesetz betreffend die Organisation der technischen Hochschule in Wien“, welchem Antrage der Ausschuß beitrifft. Nach lebhafter Spezialdebatte wird der letzte Absatz des

§ 2 in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben: „An der technischen Hochschule bestehen folgende Fachschulen:

- a) für Straßen- und Wasserbau (Ingenieurschule);
- b) für Hochbau (Bauschule);
- c) für Maschinenbau (Maschinenbauschule);
- d) für technische Chemie (chemisch-technische Schule.)

Jene Lehrfächer, welche in keine dieser Fachschulen eingereiht sind, werden in einer allgemeinen Abtheilung vereinigt.“

§ 3 wird gleichlautend der Regierungsvorlage genehmigt.

Für § 4 beantragt Referent v. Czedit folgende Fassung:

„Der Unterricht wird in den wissenschaftlichen Lehrfächern von ordentlichen und außerordentlichen Professoren, honorirten Dozenten und Privatdozenten, in den Sprachfächern und Kunstfertigkeiten von Lehrern erteilt.“

Die Vorträge über allgemein bildende Fächer werden von Dozenten oder von Professoren anderer Lehranstalten abgehalten und sind dieselben besonders dafür zu honoriren.

Zur Unterstützung der Professoren können in jenen demonstrativen Lehrfächern, in welchen eine praktische Unterweisung der Hörer stattfindet, Assistenten und Adjuncten bestellt werden.“

Bei der über diesen Antrag stattfindenden Debatte erklärt sich der Regierungsvertreter Sectionsrath Zellinek mit demselben einverstanden, wenn der Regierung die Möglichkeit offen gelassen werde, für Ausnahmefälle Professoren zu berufen. In diesem Sinne beantragt nun Abg. Dr. Dinsl, es möge im Absatz 2 nach den Worten: „die Vorträge über allgemein bildende Fächer werden“ eingeschaltet werden: „in der Regel.“ § 4 wird mit diesem Zusatz angenommen.

§ 5 lautet nach der Regierungsvorlage: „Privat-Dozenten werden für alle Lehrgegenstände zugelassen, welche die Zwecke der Anstalt zu fördern geeignet sind. Für die Habilitation der Privatdozenten gelten dieselben Bestimmungen wie an der Universität. Das Doctors-Diplom kann durch das Diplom über eine abgelegte strenge Prüfung der betreffenden Fachschule ersetzt werden.“ Für den zweiten Absatz beantragt Abg. Dr. von Piotrowski folgende Fassung: „Das Diplom über eine abgelegte strenge Prüfung (§ 24) der betreffenden Fachschule wird hierbei dem Doctors-Diplome gleichgehalten.“ (Angenommen.)

§ 6 wird nach längerer Debatte conform der Regierungsvorlage, jedoch mit der Einschaltung zwischen dem ersten und zweiten Absätze genehmigt: „Die Bewerber um Adjunctenstellen müssen sich mit dem Diplome der einschlägigen strengen Prüfung oder eines Doctorates ausweisen.“ Die §§ 7 und 8 werden mit einigen stilistischen Abänderungen, der letztere insbesondere mit der Einschaltung angenommen: „Der abtretende Rector ist erst nach Ablauf von zwei Jahren wieder wählbar.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 21. Februar.

„Naplo“ meldet, daß die Verhandlungen bezüglich des „großen ungarischen Eisenbahngeschäftes“ noch immer fortgesetzt werden, aber bis jetzt noch zu keinem Resultate geführt haben. Am 19. d. conferirten die Vertreter der theilhaftigen Geldinstitute mit den Ministern; gestern fanden specielle Conferenzen und Gesamtsitzung statt.

In der am 19. d. zu Pest stattgefundenen Club-sitzung der Linken kam der Wahlgesetzentwurf zur

allgemeinen Verhandlung. Der Club kann diesen Entwurf, welcher das Wahlrecht, anstatt es auszudehnen, einschränkt und die bisher, besonders in Siebenbürgen bestehenden Anomalien aufrecht erhält, daher einen Rückschritt bedeutet, selbst im Allgemeinen nicht acceptiren. Im Gegensatz macht der Club jenen Beschlusstrag des Centralausschusses, welcher von der Regierung die Vorlegung eines gleichzeitig mit dem Wahlgesetz zu sanctionirenden Gesetzentwurfes über die Incompatibilität des Abgeordnetenmandats fordert, zu dem seinigen. Dasselbe wünscht der Club hinsichtlich der bei den Wahlen vorkommenden Mißbräuche.

In der am 19. d. zu Pest stattgefundenen Unterhaus-sitzung hat Horn für eine selbständige Bank gesprochen; er betrachtet die Regulirung der Valuta als die unerlässliche Vorbedingung und entwickelt den Plan dazu: Die schwebende Schuld möge bis auf 100 Millionen, welche in Ein- und Fünf-Guldennoten circuliren sollen, durch Aufnahme eines gemeinsamen Anlehens von 250 Millionen gedeckt werden. Die Zinsen dieses Anlehens würden im Staatshaushalte durch das Schwinden des Agios ersetzt werden. Bezüglich der 80-Millionen-Schuld meint Horn, daß, falls diese ein Hinderniß gegen die Errichtung eines selbständigen Bankwesens wäre, Ungarn lieber den entsprechenden Antheil um so eher übernehmen sollte, als die Nationalbank für die Erlaubniß, in Ungarn Filialen halten zu dürfen, wohl noch länger das Geld belassen würde.

Die „Pester Montagsblätter“ berichten, daß die Verhandlungen der ungarischen Regierung mit den Kroaten — die National- und Unionpartei haben eine Act Fusion bewerkstelligt, — im besten Zuge sind und es sei jetzt mit Bestimmtheit anzunehmen, daß, nachdem die Personalfrage geordnet erscheint, Graf Töth zum Ziele gelangen werde.

Der „Observer“ bringt am 19. d. folgende Mittheilung: Man berichtet uns, daß eine Londoner City-Firma von der österreichischen Interventionsbank in Wien ermächtigt wurde, dem Comité der Besitzer auswärtiger Papiere ein Arrangement bezüglich der griechischen Schuld vorzuschlagen. Man glaubt, daß das vorgeschlagene Arrangement große Aussicht auf Erfolg hat, da dasselbe mit dem Baue von griechischen Eisenbahnen in Verbindung gebracht wurde, für dessen Ausführung die Interventionsbank ein bedeutendes Consortium deutscher und französischer Bankiers repräsentirt. — Gegenwärtigen Anordnungen zufolge wird der englische Hof am 21. oder 22. d. M. von Osborne nach Schloß Windsor übersiedeln. Die Vorbereitungen zu der großen Dankesfeier am 27. d. sind in vollem Gange.

Auch die „Schles. Ztg.“ tritt gegen die Opposition des preussischen Herrenhauses auf. Sie rügt, „daß das Herrenhaus sich dem Volksbewußtsein in einer Weise entfremdet habe, daß es in demselben die Bedeutung eines maßgebenden Factors der Gesetzgebung nicht mehr behauptet. Da jedoch der Uebergang zum Einkammersystem ohne revolutionären Eingriff nur unter der Zustimmung des Herrenhauses selbst oder auch einen für alle deutschen Staaten geltenden Act der Reichsgesetzgebung erfolgen konnte, wozu für den Augenblick wenig Hoffnung vorhanden sei, so bleibe nur der Gedanke an eine Reform dieser parlamentarischen Körperschaft.“

Im Vatican versucht eine Partei alles Mögliche, den Papst zur Abreise zu bestimmen. Antonelli und Patrizzi bieten dagegen Alles auf, um den Papst zum Bleiben zu vermögen.

Das in Rom vielverbreitete Gerücht, „Italien werde eventuell, falls die Dinge in Spanien einen

zu verzweigen beantragt ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es auch dieser zweiten zu dem Projecte derillyschen Centralbahnen gehörigen Hauptlinie von Villi über Bischofsack und St. Lucia nach Udine bei ihrer nachgewiesenen Gemeinnützigkeit und Nothwendigkeit an einer guten Rentabilität nicht mangeln wird.

Ad 2. a) Die Bahnverzweigung von St. Lucia über Görz nach Triest.

Diese Verzweigung der früher beschriebenen zweiten Hauptlinie wurde in die Conception des vorliegenden Projectes nicht aus Localrückichten, weil dafür in der zwar längeren Strecke von Görz nach Triest die bestehende Südbahn ausreicht, sondern zu dem Zwecke angenommen, um dadurch die Vergabelung der ersten Hauptlinie von ihren nördlichen Eisenbahnanschlüssen in Klagenfurt und Bruckl, welche mit den früher beschriebenen Linien nach Croatien, Dalmatien und Fiume erfolgt, auch nach Triest in selbstständiger Weise zu bewerkstelligen.

Der Zusammenhang dieser Bahnverzweigung für diesen speciellen Zweck wird in dem dritten Punkte dieses Abschnittes eingehender behandelt werden, und es soll daher an dieser Stelle nur dasjenige angeführt werden, was die Traceführung dieses Bahnzweiges betrifft.

Nachdem die Hauptbahn des Projectes bei St. Lucia im Thale des Isonzoflusses angelangt ist, und dieses für die Anlage einer Eisenbahn nach südlicher Richtung weder verlassen werden noch auch solches bis Görz

erwünscht sein kann, so wird die projectirte Bahnverzweigung von St. Lucia in diesem Flußthale über Canale bis Görz geführt.

Von hier ab muß es sich bei einer rationellen Lösung der gestellten Aufgabe darum handeln, die Bahn ohne Verlust der für dieselbe gewonnenen Tieflage nach Triest zu führen, damit die durch eine abermalige Ersteigung des Karstgebirges ersiehende Vertheuerung des Bahntransportes vermieden werde.

Es muß dieses unbedingt eingehalten werden, wenn die aus dem Norden der Monarchie nach Triest zu führende Eisenbahn mit dem Uebel einer sich wiederholenden Uebersetzung der getrennten Gebirgskämme der Julischen Alpen nicht befaßt werden soll, wobei die Transportkosten vertheuert werden und durch die in einem solchen Falle unvermeidlichen Entwickelungen der Trace von einem Gegirgskamme herab und auf den anderen hinauf auch die Länge derselben außerordentlich vermehrt wird. Solche Nachtheile darf die neue nach Triest ziehende Eisenbahn nicht haben, wenn sie die für ihre Anlage immerhin erforderliche Anspruchnahme des Staatschatzes rechtfertigen und überhaupt ihrem handelspolitischen Zwecke entsprechen soll.

Dagegen kann der Umstand, daß die Trace des vorliegenden Projectes zwischen Görz und Triest theilweise neben der bestehenden Südbahn zu liegen kommen wird, keinen gerechtfertigten Einwand bilden, weil es sich bei der Herstellung eines Communicationsmittels von der Bedeutung einer zweiten Eisenbahn nach Triest, welche eine selbständige aus dem Norden der Monarchie

dahin führende Schienenstraße sein soll, um derlei Localrückichten nicht handeln kann.

Diesen Grundsätzen gemäß ist die Fortsetzung der hier projectirten Trace von Görz nach Triest in folgender Weise angeordnet worden.

Von Görz wird dieselbe mit Abschneidung des Umweges, welchen die Südbahn nach Sagrado macht, in das sogenannte Balone nach Gabria und in demselben über Bonnetti zur Kreuzung mit der nach Triest laufenden Südbahn geführt, welche Kreuzung mittelst Unterführung des unweit Monfalcone gelegenen Südbahn-Biaductes erfolgt.

Von hier ist die Trace über St. Giovanni, Duino und Sistrana immer seewärts der Südbahn bis zur Vereinigung mit derselben in der Station Brignano geleitet. Hier erreicht die projectirte Bahn, welche Görz mit der Höhenlage von 71, Meter über den Meere verläßt, die größte nach Triest zu passirende Seehöhe von nur 81, Meter, während die Südbahn in dieser Strecke die Wasserscheide in Rabresina mit 267, Meter auf ihrer Strecke von Laibach aber den Karst bei Adelsberg mit 603 Meter Seehöhe zu passiren hat.

Solche Höhendifferenzen, welche bei der Lastenbeförderung auf der projectirten Eisenbahn in der beschriebenen Tracerichtung erspart werden können, sind wohl eine genügende Rechtfertigung des früher angeführten Grundsatzes, welcher bei diesem Eisenbahnprojecte als maßgebend aufgestellt wurde.

Die Anlage der projectirten Trace bietet in der Strecke von Görz bis nach Sistrana keine Schwierig-

bedrohlichen Charakter annehmen sollten, daselbst interveniren", wird in officiöser Weise mit dem Zusatz bemerkt, daß auch in Spanien Niemand daran gedacht habe, sich an Italien um eine völlig unnütze Intervention zu wenden. — Die socialdemokratischen Arbeitervereine, die mehr oder minder ihr Feldgeschrei und Stichwort von der „Internationale" erhalten, haben in den letzten beiden Jahren in Spanien sehr bedeutende Ausdehnung genommen; aber es mag zu hoch gegriffen sein, wenn man ihnen mehr als hunderttausend Mitglieder zuschreibt.

Die „N. Fr. Pr." meldet: „Freiherr Velho, der kaiserlich russische General Postdirector, welcher beauftragt war, mit der belgischen Regierung einen vorläufigen Vertrag hinsichtlich des Transito-Postverlehrs abzuschließen, ist nebst seinem Secretär, Herrn v. Poggenpohl, von Brüssel nach London abgereist, nachdem die betreffende Vereinbarung am 13. d. M. im Bantem-Ministerium unterzeichnet wurde. Die betreffenden Bevollmächtigten werden später auch Wien zu demselben Zwecke besuchen."

Tagesneuigkeiten.

— (Der russische Kaiser in Lebensgefahr.) Wir lesen im russischen „Regierungsboten": „Um die zum Theile ungenauen Meldungen richtigzustellen, welche von russischen und fremdländischen Journalen über die Gefährlichkeit der Kaiserin, welche Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland bei einer Bärenjagd drohte, glauben wir den nachfolgenden genauen Bericht über das besagte Ereigniß veröffentlichen zu sollen: Bei der am 4. Jänner d. J. vorgenommenen Treibjagd stürzte der von den Jägern in die Mitte genommene Bär aus einem Dickicht gegen die Schützenlinie. Das Thier rannte mit solcher Schnelligkeit gegen den Kaiser, daß Se. Majestät nur zwei Schüsse gegen dasselbe abfeuern konnte. Einer der beiden Schüsse traf den Bären in die linke Schulter, die Kugel drang durch und durch und trat an der rechten Seite des Thieres zwischen der achten und neunten Rippe wieder heraus. Der Bär stürzte, erhob sich aber im Momente wieder und setzte seinen wüthenden Lauf nach vorwärts fort. Se. Majestät der Kaiser hatte nicht mehr Zeit, ein anderes Gewehr zu ergreifen, und trat kaltsblütig einen Schritt links. Der Piqueur Nikonow benützte diese Bewegung des Coudevains, um sein Waidmesser dem Bären in die Brust zu stoßen. Gleichzeitig traf der Unterjäger Ivanow, welcher zur Rechten Sr. Majestät postirt war, den Bären mit einem Schuß in den Kopf. Der Schuß Ivanows und der Stich des Piqueurs erfolgten gleichzeitig und streckten den Bären tod zu den Füßen Sr. Majestät nieder."

— (Das k. und k. österr. Handelsministerium) hat, wie die „Tr. Btg." meldet, mehrere Ingenieur-Abtheilungen nach Dalmatien behufs der Eisenbahntracirung abgeordnet. Gleichzeitig wurden Verhandlungen mit der ungarischen Regierung wegen Anschlusses der dalmatinischen Eisenbahn mit dem croatischen Bahnnetz eingeleitet.

— (Se. Excellenz Graf Beust) ist, aus Oberitalien kommend, am 17. Februar in München eingetroffen und am 19. d. nach London weitergereist.

— (Bischof Stroßmayer) ist am 19. d. incognito in Agram angekommen. Bei Mrazovic, dem Führer der Nationalen, fand zu Ehren des Bischofs ein großes Diner statt. Abends reiste Stroßmayer nach Diavovar ab.

— (Freundschaftlicher Rath.) Aus Darmstadt wird erzählt: Fräulein G., eine Künstlerin, welche, obwohl sie an der hiesigen groß. Hofbühne nur eine kleine Gage bezieht, hier einen großen Luxus entfaltet und glän-

zende Soirées gibt, auf welchen sich die jeunesse dorée unserer Residenz versammelt, beklagte sich kürzlich bei einem durch seinen caustischen Humor bekannten Kollegen über allzuviel ombonpoint. „Rathen Sie mir doch", sagte sie, „was kann ich denn thun, damit ich nicht so eiskalt werde?" — „Leben Sie einmal ein halbes Jahr von Ihrer Gage", erwiderte trocken der Befragte.

Locales.

Bericht über die Landesausschuss-Sitzung vom 16. Februar.

Der Zusammentritt der Enquete-Commission zur Berathung hinsichtlich der Modification des gegenwärtigen Gemeindegesetzes wurde vom 23. auf den 24. Februar verlegt.

Den von der k. k. Landesregierung zur Begutachtung mitgetheilten Verordnungsentwürfen zu den Paragraphen 11 und 78 des vom krainischen Landtage im Jahre 1869 beschlossenen Wasserrechtsgesetzes über die Benutzung, Leitung und Abwehr der Gewässer hat der Landesausschuß beigestimmt. Die Verordnung zum § 11 enthält Bestimmungen über die Form der Staumäße (Haimstöcke) und über die bei deren Aufstellung zu beobachtenden Vorschriften; die Verordnung zum § 78 hat aber die Regelung der Einrichtung und Führung der Wasserbücher und Wasserarten zum Gegenstande.

Durch den k. k. Landesschulrath sind dem Landesausschuße vom Unterrichtsministerium im Entwurfe die Erlasse hinsichtlich der vorläufigen Regelung der Normalschulfonds-Beiträge von Verlassenschaften und hinsichtlich der einstweiligen Regelung einiger Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer bis zur Austragung dieser Angelegenheiten im verfassungsmäßigen Wege — zugekommen. Der Ministerialerlaß-Entwurf in Betreff der Normalschulfonds-Beiträge weicht von dem bezüglichlichen nicht sanctionirten Landtagsbeschlusse vom 4. October 1871 hauptsächlich hierin ab, daß nach demselben bloß $\frac{1}{2}$ pCt. von den Verlassenschaften für den Normalschulfond einzubehalten wäre; der wesentlichste Unterschied zwischen dem Ministerialerlaß-Entwurfe und dem nicht sanctionirten Landtagsbeschlusse vom 14ten October 1871 hinsichtlich der provisorischen Regelung einiger Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer besteht aber darin, daß im Ministerialerlaß-Entwurfe die Bestimmung aufgenommen ist, daß die Zahlung der Unterlehrer 70 pCt. des Gehaltes der Lehrer zu betragen hätte, während im erwähnten Landtagsbeschlusse darüber nichts festgesetzt ist. Der Landesausschuß erachtet das Unterrichtsministerium keineswegs für berechtigt, nicht sanctionirte Landtagsbeschlüsse durch seine Erlasse zu ersetzen; da jedoch die Sache dringend ist und die entworfenen Ministerial-Erlasse dasselbe Ziel anstreben, wie die erwähnten Landtagsbeschlüsse, nämlich die Aufbesserung der Schullehrergehalte und die Vermehrung der Normalschulfonds-Beiträge, so hat der Landesausschuß beschlossen, den im Entwurfe mitgetheilten Ministerialerlassen seine Zustimmung zu ertheilen, wenn nach genauer Prüfung derselben außer der Competenzfrage kein anderer Verweigerungsgrund der Zustimmung entgegentritt, in der festen Zusage, daß auch der h. Landtag nicht dagegen sein wird.

Auf den Landtagsbeschuß vom 14. October 1871 wegen Errichtung einer Obst- und Weinbauschule in Verölin wurde dem Landesausschuße vom Herrn Ackerbauminister geantwortet, daß für die in Laibach beabsichtigte Errichtung einer niederen Ackerbauschule, sowie auch für die in Verölin und Slap zu errichtenden Obst- und Weinbauschulen noch keine Programme vorliegen und daß es zweifelhaft ist, ob geeignete einheimische Lehrkräfte für die gedachten Schulen vorhanden wären und in welcher Weise die Kosten für die Errichtung und Erhaltung dieser Schulen aufge-

bracht werden, und ob nicht die Errichtung eines Referenten aus dem Ministerium nach Laibach in dieser Angelegenheit am Platze wäre. Da aber das Programm für die niedere Ackerbauschule in Laibach schon im November 1870 bei der Generalversammlung der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft beschlossen wurde, da ferner auch das Programm für die Obst- und Weinbauschule in Slap, nach welchem auch die Schule in Verölin einzurichten wäre, schon vor längerer Zeit festgestellt und auch vom Ministerium gebilligt wurde, und da auch mehrere ausgezeichnete einheimische Lehrkräfte für die gedachten Schulen vorhanden sind, wurde beschlossen, dies dem Herrn Ackerbauminister mit dem Beifügen zur Kenntniß zu bringen, daß es wohl zweckentsprechend und für den Gegenstand förderlich wäre, wenn das Ministerium seinen Referenten zu den bezüglichlichen Verhandlungen nach Laibach entsenden würde.

Aus Anlaß mehrseitiger Wahrnehmungen, daß die Conservirungsarbeiten auf den Concurrerzstraßen entweder gar nicht oder nicht gehörig bewerkstelligt werden und daß die concurrerzpflichtigen Gemeinden den diesbezüglichen Weisungen der Straßencomités nicht nachkommen, hat der Landesausschuß beschlossen, in dieser Richtung an alle Gemeindevorstände ein Circulare zu erlassen.

Der Beschluß des Gemeindevorstandes in Bründel bei Gurtsfeld wegen Einhebung eines Gemeindezuschlages auf die Grund-, Haus- und Erwerbssteuer für das Jahr 1872, und zwar in den nach Savenstein eingepfarrten Dörfchen der Katastralgemeinde Hubajnica mit 20 pCt., in der Katastralgemeinde Buča aber zu $15\frac{1}{2}$ pCt. wurde genehmigt. Ferner wurde der Gemeinde Rassenfuß für das Jahr 1872 die Einhebung der Gemeindeumlage auf die directen Steuern, und zwar in Rassenfuß und Ostroznik mit 20 pCt. und in der Untergemeinde Raknic mit 10 pCt., endlich der Gemeinde Groß-Dolina im ganzen Umfange die Einhebung einer 17perc. Gemeinde-Umlage auf die directen Steuern bewilligt.

Nach Mittheilung der k. k. Landesregierung hat das vom krainischen Landtage am 30. September 1871 votirte Gesetz wegen Einschränkung der Ertheilung von Ehemeldzetteln die Allerhöchste Sanction nicht erhalten.

Die erste allgemeine Versicherungsbank „Slovenija."

(Fortsetzung.)

4. Worin besteht die eben erwähnte Controlle?

- In der ordentlichen Generalversammlung, welche jährlich in Laibach im Monate Mai stattfindet. Jeder Actionär hat das Recht an derselben theilzunehmen. § 14, 15 und 24 d. St.
- In den außerordentlichen Generalversammlungen, welche einberufen werden müssen, sobald 25 Actionäre es verlangen. § 16.

Jeder Actionär hat das Recht, bei den Generalversammlungen gegen vorläufige vierzehntägige Anmeldung Anträge zu stellen, deren Behandlung nicht zurückgewiesen werden darf. § 17.

Jedem Actionär steht das Recht zu, innerhalb 14 Tagen vor der Generalversammlung Einsicht in die Bilanzen der Anstalt zu nehmen. § 10.

- In dem Verwaltungsrathe. Derselbe besteht aus dem Präsidenten, dem Vicepräsidenten, 12 Verwaltungsräthen und 4 Ersatzmännern. § 26.

Seine Wirksamkeit bezieht sich auf die stetige Aufsicht über die Geschäftsabwicklung, Regulirung der Thätigkeit der Direction und Systemisirung der Geschäfte und Amtsbranchen, Ernennung und Entlassung der Oberbeamten. § 31.

Er hält wenigstens monatlich eine Sitzung, welche auch stattfindet, sobald das Präsidium es für zweckmäßig erachtet. § 33.

Der Präsident hat die Kasse und die Geschäftsabwicklung mit einem Verwaltungsrathe mindestens viermal im Jahre zu revidiren. § 32.

- In der Direction. Dieselbe besteht aus dem Präsidenten oder Vicepräsidenten und 4 aus dem Verwaltungsrathe erwählten Directoren. Nur die Direction hat das Recht, Geld und Geldeswerth zu empfangen und darüber zu quittiren.

Sie hält wenigstens wöchentlich einmal Sitzung. § 45. Alle Beamte und die gesammte Gebahrung stehen unter beständiger Controlle der Directoren. § 44.

Monatlich müssen die Kasse und die Bücher von ihnen revidirt und über den Befund dem Verwaltungsrathe darüber Bericht erstattet werden. § 48.

- Angestellte der Gesellschaft können nicht zu Verwaltungsräthen gewählt werden, und selbst der leitende Director und der Rechts-Consulent haben bei den Sitzungen nur eine beratende Stimme. § 30, 34 und 72 d. St.

- In dem Revisions-Comité.

Die Generalversammlung erwählt für je ein Jahr 3 Actionäre zu Revisoren und 2 zu deren Ersatzmännern. Aufgabe derselben ist es, die Bilanzen und Buchführung vor Abhaltung der Generalversammlung zu prüfen und an letztere Bericht zu erstatten. § 54.

Aus dem hier skizzirten Organismus ist es ersichtlich, daß die Statuten demselben das Selbstgovernment der Actionäre zu Grunde legen und daß dieselben, mit hin das Publicum, die ausschließlichen Herren über alle Gebahrung, Geldmanipulation und sonstige Geschäftsführung des Institutes sein werden. (Fortf. folgt.)

keiten; aber auch von hier bis Orignano, wo die Bahn an den ziemlich steilen Lehnen des Meeresufers seawärts neben der bestehenden Südbahn anzulegen beantragt wird, finden sich keine größeren Schwierigkeiten, als dieselben bei anderen Eisenbahnen, deren Bedeutung eine solche Anlage zu rechtfertigen vermag, ohne weiters acceptirt werden.

Für die Fortsetzung von Orignano nach Triest, wofelbst die projectirte Bahn eine von der Südbahn unabhängige eigene Endstation zu erhalten hat, kann dieserhalb die neue Trace auf der Seeseite der Südbahn nicht weiter fortgeführt werden, sondern muß bergwärts derselben aus der Station Orignano auslaufen.

In dieser Weise muß sonach die projectirte Bahn die Stadt Triest an den Berglehnen des Opina umgehen, wobei die Trace wegen der an diese Lehnen angehaften Stadttheile entsprechend hoch gehalten und daher von Orignano mit einem kurzen Tunnel bei dem Fort Kressi nach Rojano und von da mit einem längeren Tunnel zum Boschettohale geführt wurde.

Nach Uebersetzung dieses Thales nahe unterhalb der daselbst befindlichen Birreria mit einem 25 Meter hohen Viaducte wird sodann die Trace mit einem dritten Tunnel unter dem auf der folgenden Thallehne befindlichen Steinbruche zur Uebersetzung des Thales im Chiadino-Rozzol, und schließlich nach Unterfahrung des Bergrückens von St. Giacomo zum Meere bei der Schiffswerfte Tonello gebracht, zwischen welcher und der Erduzunge von Servola die neue End- und Hafenstation der projectirten Bahn anzubringen beantragt ist.

Mit einer Erweiterung des letzten Tunnels*) kann in demselben auch die Zufahrtsstraße zu der neuen Hafenstation als Chaussée oder Pferdebahn angelegt werden, welche längs dem Rozzalbache über die Piazza della Barriera vecchia in den Mittelpunkt der Stadt Triest geführt und dadurch der Umweg auf der gegenwärtigen Straße nach Servola erspart werden kann, welches immerhin einen für den Triester Entrepothandel berücksichtigenswerthen localen Vortheil der so projectirten Eisenbahntracé bildet.

Es sind nur die genannten vier Tunnels und ein mäßiger Viaduct, welche für diese Trace erforderlich sind, die jedoch keine Schwierigkeiten verursachen und durch den besonderen Zweck dieser in eine zweite Hafenstation nach Triest einlaufenden Eisenbahn mehr als gerechtfertigt erscheinen.

Die Länge der so projectirten Eisenbahn beträgt von St. Lucia bis Görz 4.42, von Görz bis Triest 5.81, daher zusammen von St. Lucia bis Triest-Servola 10.23 Meilen.

Sie ist daher in der Strecke von Görz nach Triest im Vergleiche mit der daselbst bestehenden 7.60 Meilen langen Südbahn um 1.60 Meilen kürzer und hat außerdem den Vortheil, daß sie nicht wie diese in Rabresina das Karstgebirge zu passiren braucht.

(Fortsetzung folgt.)

*) Tunnel wie bei Ofen; für Triest von ungeheurer Wichtigkeit.

